

PARLAMENTS-SPLITTER

Die Häuser im Dorf tragen dicke weisse Wollmützen, die Kraftwerkzentrale unterhalb von Turmann wirkt mit ihrem Weihnachtsstern aus der Ferne wie eine Kirche, die schwarzen Rebmauern geben der Landschaft vor Sitten scharfe Konturen und tiefe Strukturen. Die Schnee-Artillerie in den Kurorten schweigt. Das Land ist fein winterlich herausgeputzt und bereit für den Winter und für die Gäste. Guten Morgen, Dezemberland...

Eine ganze, lebhaftige Schar von jungen Musikantinnen und Musikanten nimmt vor dem Christbaum im Parlamentsaal Aufstellung und stimmt während einer Viertelstunde die Instrumente. Aber vielleicht waren das schon die ersten Darbietungen, denn mit der modernen klassischen Musik fällt es schwer, die Aufwärmphase und die eigentlichen Konzertvorträge auseinanderzuhalten.

Auf der Tribüne hatten die stolzen und kulturbeflissenen Mütter und Grossmütter Aufstellung genommen. Sie verfolgten die Vorbereitungen und die Vorträge andächtig. Viele Abgeordnete hingegen gingen ihren Sitzungsarbeiten nach: den Faltrichter installieren, telefonieren, parlieren, in Papieren nesteln, Hände schüteln, Lächeln erwidern, Küsschen verteilen...

Später gaben die jungen Musikantinnen und Musikanten dann Weihnachtslieder. Die Damen und Herren waren eingeladen, mitzusingen. Das war ein Bild für Götter: Die Grossrätinnen und Grossräte sangen – wo sie sich doch für gewöhnlich höchstens gegenseitig «ansingen». Es war durchaus ein Moment der Rührung und der Emotionen in der Gesetzgebenden des Kantons Wallis.

Erspart bleiben der werten Leserschaft für einmal die kritisch-bösartigen Anmerkungen zum Blumenschmuck. Denn zeitgerecht zielt ein Weihnachtsbaum den Ratsaal. Freilich ist er ein wenig spärlich geschmückt und trägt eine rote Zipfmütze. Sie kann durchaus als Narrenkappe durchgehen. Also passt das Ganze sehr schön zu den harten Zeiten im Land und strahlt Austerität und Sparsamkeit aus.

Der Walliser Weinbau leidet. Die Zeiten sind garstig. Die Kosten laufen den Erträgen davon, der Absatz ist stockend, die Margen schmelzen dahin wie der Schnee in den Weinbergen im März. Aber die Branche ist auch selber schuld: Wenn man im Detailhandel einen Salgischer Pinot-Noir AOC für 6.99 Franken im Angebot sieht, dann sagt das alles.

Staatsratspräsidentin Esther Waeber-Kalbermatten zitierte bei der Reform der Strafanstalten Leo Tolstoi. Der hat gesagt, dass man für die Beurteilung einer Gesellschaft nur ihre Gefängnisse von innen anschauen müsse. lth

Grosser Rat | Das Kantonsparlament befasste sich mit den Schwierigkeiten im Walliser Weinbau

Die Leiden der Weinwirtschaft

Die Walliser Weinwirtschaft leidet. Der Kanton leistet darum eine Bürgschaft für die Fremdmittelbeschaffung zur Bezahlung der Ernte 2012.

Die Fraktionen des Kantonsparlamentes sind im Grundsatz einverstanden mit der Wiedereinführung der Blockierung-Finanzierung im Walliser Weinbau. Der Staat leistet damit eine Bürgschaft von 30 Mio. Franken, die es erlaubt, die Ernte 2012 rechtzeitig zu bezahlen und günstigere Fremdmittel dazu zu beschaffen.

Im Grundsatz sind (fast) alle einverstanden

Die *Freisinnig-Liberalen* wenden sich aber gegen weiterführende Staatsgarantien für die Weinwirtschaft. Das Dekret ist notwendig und wichtig. Aber es braucht strukturelle Veränderungen, damit der Weinbau selber gesundet. *Liliane Brigger* (CSPO) ortet Probleme bei der Weinvermarktung. Der Kanton übernimmt eine Bürgschaft für die Weinlager oder von Teilen davon. 30 Millionen Franken für diese Bürgschaft sind gerechtfertigt. Der Kanton Genf hat eine Bürgschaft von 10 Mio. gesprochen, die Waadt 15 Mio. Es werden vor allem die grösseren Einkellerer profitieren. Die CSPO ist für Eintreten. Die *CVP Mittelwallis* spricht sich für dieses zusätzliche Instrument aus, das den Einkellern helfen soll. Die Blockierung-Finanzierung erleichtert nur die Finanzierung der Ernte zu ihrem gerechten Preis. Die Kellereien können wegen der Qualität der Trauben ein ausgezeichnetes Produkt anbieten. Aber die Weinbauern sind in den letzten Jahren leer ausgegangen. Die *SVP* kritisiert die Einfuhrpolitik der Schweiz im Zuge des Freihandels. Eigentlich müsste der Import beschränkt werden, hier geht es nur um Schadenminderung. An den Grundproblemen ändert sich aber nichts.



Vorweihnächtlich. Das kleine Orchester des Konservatoriums von Sitten hat mit seinen Weihnachtsliedern den Walliser Grossen Rat für einmal dazu gebracht, zu singen und sich nicht nur gegenseitig «anzusingen».

FOTO WB

CVPO sieht im Dekret eine Bankrotterklärung

Beat Rieder (CVPO) bezeichnet das Dekret als Folge einer Bankrotterklärung einzelner Mitglieder einer Branche. Aber der Grosse Rat hat den Markteingriff mehrheitlich gerechtfertigt. Die Bürgschaft ist mit 30 Mio. hoch, wenn man sie zum Beispiel mit dem Tourismus vergleicht. Die weiterführenden Forderungen der Branche lehnt die CVPO ab. Das Dekret soll nicht dem Zwischenhandel zu höheren Gewinnen verhelfen. Warum sind unsere Spezialitäten nicht ohne Bürgschaft am Markt absetzbar? Die *SP-Linksallianz* votiert für Eintreten; wenn ein Einkellerer zu viel Flüssiges an Lager hat, droht ihm die Liquidität auszugehen. Die *CVP Unterwallis* schliesst sich dem Eintreten an, das ist die Konsequenz der im September angenommenen Motion.

Der Kanton hat die Mittel nicht gekürzt

Kommissionspräsident Yves Carrupt (CVP Mittelwallis) bezeichnet das Dekret als Hilfsmittel in einem konjunkturell schwierigen Umfeld. Es geht darum, die Ernte 2012 rechtzeitig zu bezahlen. *Staatsrat Jean-Michel Cina* dankt dem Rat für das Dekret. Es ist noch breiter abgestützt als bei früheren Auflagen dieses Hilfsmittels. Bereits bei einer früheren Gelegenheit hatte der Departementvorsteher betont, dass man die Zuwendungen für die Weinbranche seitens des Kantons keineswegs gekürzt habe, was das Branchenverband dargelegt hatte. Die Gesamtsumme, die der Branche vom Kanton zur Verfügung steht, ist exakt gleich hoch wie bisher. Nur hat eine Verlagerung der Mittel in Richtung struktureller Projekte stattgefunden. Der Rat

will die zusätzlichen Forderungen der Weinbranche nicht erfüllen. Das Dekret ist ausgeglichen, es soll vorübergehende Schwierigkeiten auffangen. Es geht darum, dass vor allem die Weinbauern profitieren. Gleichzeitig müssen die Inte-

ressen der Steuerzahler gewahrt bleiben. Das Dekret sieht breitere und massivere Massnahmen als früher vor, so ist der Betrag, der höchstens verbürgt werden kann, von 15 auf 30 Mio. angehoben worden, das ist erheblich. lth

Reorganisation des Justizvollzugs

Der Grosse Rat behandelt die Reform der Strafanstalten. Dazu braucht es 22 zusätzliche Stellen. *Philipp Matthias Bregy* (CVPO) und *Urban Furrer* (CSPO) sprechen sich grundsätzlich für die Professionalisierung im Strafvollzug aus. Die Schaffung einer neuen Dienststelle hingegen bezeichnet die CVPO als «inakzeptabel». Was auf den ersten Blick als Vereinfachung daherkommt, wird zu einer Verkomplizierung und zu mehr Stellen führen. Obwohl die Notwendigkeit einer Reform besteht, droht eine überrissene Hierarchie-Pyramide, sagt die CSPO. Der Staatsrat soll bestätigen, dass die Ressourcen an der Basis bei den Wärtern gestärkt werden und nicht bei der Verwaltung. Die *SVP* spricht sich gegen Eintreten aus. *Staatsratspräsidentin Esther Waeber-Kalbermatten* verweist auf die anhaltenden personellen und baulichen Mängel im Walliser Strafvollzug, die jetzt gerade an der Basis gelöst werden müssen. In der Verwaltung werden die Kräfte in einer einzigen Dienststelle gebündelt. Der Rat beschliesst Eintreten.

Beschäftigung | Der Grosse Rat behandelte das Gesetz über Massnahmen für Arbeitslose

Wiedereingliederung als erstes Ziel

Der Abbau von Arbeitsplätzen birgt die Gefahr von Arbeitslosigkeit in sich. Der Kanton will Neuerungen in der Bundesgesetzgebung im kantonalen Recht anpassen.

Erno Grand (CVPO) ortet einen raschen Wandel in der Arbeitswelt. Bereits vor 15 Jahren ist ein Gesetz für die Wiedereingliederung geschaffen worden. Damals wie heute dient das Bundesgesetz über die Beschäftigung als Grundlage. Es geht darum, Arbeitslose dauerhaft einzugliedern. Die Revision will nun eine neue, zusätzliche Aufgabe umfassen: Es geht um die Integration derer, die von Langzeitarbeitslosigkeit bedroht sind. Es sind Menschen, denen irgendwann der Absturz in die Sozialhilfe droht; es handelt sich vor allem um jüngere und ältere Menschen. Für den Kanton entstehen keine zusätzlichen Verpflichtungen. Die Mit-

tel werden im Budget gesprochen. Die finanziellen Auswirkungen sind überschaubar. Es geht um die Anliegen der Arbeitslosen und gleichzeitig auch die Interessenwahrung des Kantons.

Ältere und jüngere Arbeitnehmer betroffen

Diego Wellig (CSPO) erwähnt die unsicheren Zeiten. Dies trifft vor allem Jugendliche und Arbeitnehmer, die älter sind als 55 Jahre. Arbeit bedeutet mehr als nur ein Einkommen. Darum muss man die Arbeitslosigkeit bekämpfen, gerade die Langzeitarbeitslosigkeit und die Jugendarbeitslosigkeit. Für den Kanton entstehen keine zusätzlichen Ausgaben. Die CSPO will verschiedene Abänderungsanträge einbringen. *Helena Mooser Theler* (SP-Linksallianz) betrachtet die Gesetzesrevision als Beitrag zur Wiedereingliederung. Die Programme zur Wiedereingliederung werden aufgewer-

tet. Der Arbeitslose muss aber auch weiterhin selber bemüht sein, eine Beschäftigung zu finden. Im Gesetz fehlt leider eine wirksame Regelung der Taggelder bei Krankheit und Auslaufen der Unterstützung. Die *SVP* stellt fest, dass die Gesetzesrevision verhindert, dass sich die Arbeitslosen einfach ihrem Schicksal ergeben, sondern auf Wiedereingliederung abzielt. Wie die C-Fraktionen spricht sich auch die *SVP* für Eintreten aus. *Kommissionspräsident Diego Clausen* (CSPO) verweist darauf, dass die Vorlage komplizierter tönt, als sie eigentlich ist. Die wesentlichen Änderungen betreffen die zusätzlichen kantonalen Massnahmen zur Wiedereingliederung. Es wird auch die interinstitutionelle Koordination geregelt. Schliesslich gibt es noch Präventivmassnahmen wie die Kurzarbeitsregelung und die Schlechtwetterentschädigung. Der Stand des Fonds liegt bei 5,6 Mio. Fran-

ken. *Staatsrat Jean-Michel Cina* betont die Bedeutung der Vorlage für die Wiedereingliederung von Arbeitslosen. Die obligatorische Taggeldversicherung kann nicht im Rahmen der vorliegenden Revision behandelt werden. Die Einarbeitungszuschüsse sollen dafür sorgen, dass private Unternehmen Arbeitslose einstellen. Die Vorlage wird für den Kanton keine neuen Ausgaben nach sich ziehen.

Kantonsfinanzen: warnende Stimmen

Louis Ursprung (Freie Wähler) erinnert bei der Beratung der Finanz-Mehrjahresplanung 2013–2016 daran, dass man mit öffentlichen Mitteln so umgehen sollte wie mit den eigenen. Die Finanzkommission und die *SVP-Unabhängige-Wähler* verlangen eine Eindämmung der Ausgaben und eine gezielte Erhöhung der Investitionen. Die Ausgaben wachsen stärker als

die Einnahmen. Die gute Momentaufnahme verleitet zur Unvorsicht. Der Budgetentwurf für das Jahr 2013 wird Gelegenheit bieten, die nötigen Korrekturen anzubringen. *Marc Wysen* (CVPO) stellt fest, dass die Finanzkommission der CVPO aus dem Herzen spricht. Der Aufwand wächst zu stark. Die Schaffung von 50 neuen Stellen pro Jahr ist unhaltbar. Wenn das so weitergeht, bleibt kein Geld übrig für die Investitionen. *Graziella Walker Salzmann* (CSPO) verweist auf wichtige anstehende Aufgaben gerade im Gesundheitswesen. Eine gute Versorgung dient der dezentralen Besiedlung. *German Eyer* (SP-Linksallianz) lehnt Rasenmäher-Methoden gegenüber den Staatsgestellten ab. Es stellt sich zudem die Frage, wie man die Erträge erhöhen kann. Weitere Steuererleichterungen sind völlig fehl am Platz. Es braucht mehr Geld für die Bildung. lth